

Dr. Ralf Güldner
Präsident des Deutschen Atomforums e. V. (DAtF)

Eröffnungsansprache
Jahrestagung Kerntechnik, 22. bis 24. Mai 2012, Stuttgart

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geschätzte Abgeordnete des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments,
sehr geehrte Gäste,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 43. Jahrestagung Kerntechnik in Stuttgart und freue mich, dass Sie so zahlreich in die Landeshauptstadt Baden-Württembergs gekommen sind. Mit rund 1.100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie 49 Ausstellern aus insgesamt 17 Ländern und einem Programm mit 213 Fachsitzungen, Workshops und Vorträgen gehört die Jahrestagung 2012 erneut zu den weltweit größten Fachveranstaltungen der Kerntechnik. Bereits an dieser Stelle daher mein herzlicher Dank an alle, die an der Organisation dieser Veranstaltung beteiligt waren und auch noch sind sowie an alle Referenten des heutigen und der kommenden Tage.

Der Beginn der beschleunigten Energiewende in Deutschland wird bald ein Jahr zurückliegen. Die Jahrestage der Berichte der Reaktorsicherheitskommission (RSK) und der Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung rahmen unseren Kongress ein. Weder konnte der Bericht der RSK am 16. Mai 2011 zu den Sicherheitsüberprüfungen der damals 17 Kernkraftwerke in Deutschland uns überraschen – denn wir kannten und kennen den international hervorragenden Sicherheitsstandard unserer Anlagen – noch konnte am 28. Mai 2011 die Empfehlung der Ethikkommission zum Atomausstieg bis 2021 überraschen. Die Anzeichen dazu waren im Vorfeld deutlich sichtbar und hörbar. Die nachfolgenden einmütigen Beschlüsse von Regierungsfractionen, Bundeskabinett, Bundestag und Bundesrat zur Energiewende und zum beschleunigten Atomausstieg werden vom DAtF und seinen Mitgliedern akzeptiert. Das habe ich in den vergangenen Monaten oft erklärt, und das wird sich nicht ändern.

Doch viele Fragen der kurz- bis mittelfristigen Energiezukunft sind bis heute unbeantwortet. Für manche Branchen wie Unternehmen sind es bereits existenzielle Fragen. Ich kenne keinen, der mit den bisherigen Ergebnissen und dem nahen Ausblick der Energiewende zufrieden ist.

Jürgen Hambrecht, von 2003 bis 2011 Vorstandsvorsitzender der BASF und vor einem Jahr Mitglied der Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung, hat das meiner Meinung nach in einem Interview für das Magazin *Focus* vor wenigen Wochen gut zusammengefasst: *„Wir brauchen weniger Schwätzen und mehr Tatendrang. Koordinierte Gutgläubigkeit reicht nicht aus. Von all dem, was wir damals als Ergebnis besprochen hatten, ist jetzt nur ein sehr, sehr kleiner Teil*

angepackt worden. Die nächsten Atomkraftwerke werden 2015, 2017 und 2019 abgeschaltet. Bis dahin müssen wir Ersatz schaffen, viele Weichen stellen und Räder drehen, die dann auch wirklich ineinandergreifen. Speicher, Netze, Klimaschutz – viele technische Einzelthemen müssen zusammengeführt werden. Wie kompliziert der schnelle Ausstieg wirklich ist, haben alle Beteiligten unterschätzt. „Koordinierte Gutgläubigkeit reicht nicht aus! ... Wie kompliziert der schnelle Ausstieg wirklich ist, haben alle Beteiligten unterschätzt!“

Ich kann dieses eindeutige Urteil von Herrn Hambrecht nur unterstreichen. Es erfüllt mich aber nicht mit Genugtuung, wie mancher Kernenergiegegner vielleicht vermuten wird, sondern mit Sorge um die zukünftige Entwicklung der Energieversorgung in Deutschland und Europa und damit mit Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Die Energiewirtschaft ist ein zu großer und zu wichtiger Bereich der Volkswirtschaft, als dass hier wenige Monate mit starken Emotionen unser Handeln für Jahrzehnte beeinflussen dürfen. Offensichtlich ist weitsichtiges, umfassendes Abwägen der deutschen Politik vor einem Jahr nicht gelungen. Diese Feststellung muss erlaubt sein. Andere Länder gehen mit der Kernenergie auch nach Fukushima anders um.

Der Reaktorunfall von Fukushima ist eine Katastrophe – für das japanische Volk und das ganze Land. Aber er ist nach allen vorliegenden Informationen vermeidbar gewesen – er war kein Beispiel für das Restrisiko der Kernkraft. Dennoch können wir die Debatten in der japanischen Gesellschaft über die Ursachen und Folgen des Reaktorunfalls sowie über die gesellschaftlichen Vorteile und die Zukunft der Kernenergie gut verstehen. Sie sind noch lange nicht abgeschlossen.

Seit dem Beginn der planmäßigen Wartungsarbeiten und dem Herunterfahren des Reaktors 3 im KKW Tomari wird in der heute drittgrößten Industrieanlage erstmals seit mehr als 40 Jahren kein Strom aus Kernenergie produziert. In 14 Monaten sank der Anteil der Kernenergie an der japanischen Stromproduktion von 27 auf 0 Prozent.

So eine Entwicklung hat natürlich Folgen. Dringend notwendige Überprüfungen und Reparaturen an konventionellen Kraftwerken müssen verschoben werden. Die Stromunternehmen haben als Ersatzkapazitäten ältere Kraftwerke auf Öl- und Gasbasis wieder in Betrieb genommen. Der zusätzliche Import verursacht hohe Kosten und ist einer der Hauptgründe, warum das Land im vergangenen Jahr erstmals seit mehr als 30 Jahren ein Handelsbilanzdefizit auswies und seine Klimaschutzbilanz verschlechtert. Nach einer offiziellen Schätzung wird Japan in diesem Jahr 5,5 Prozent mehr Kohlendioxid freisetzen als im Vorjahr. Im üblicherweise feuchtheißen Sommer Japans sind Verbrauchseinschränkungen für Bürger und Unternehmen zu erwarten und der rasch steigende Strompreis wird viele kleine und mittelständische Betriebe in Existenznot bringen.

Wenn ich mir die Lage in Japan ansehe, dann könnte sie unsere Bedenken über Management und Fortschritt der Energiewende in Deutschland relativieren. Aber die Sorge um den internationalen Wettbewerb und die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands zwingt uns auch zu anderen Vergleichen. Der VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft, ein traditionsreicher Zusammenschluss energieintensiver Unternehmen, hat die Strompreisentwicklung in Deutschland mit

der in Großbritannien und Skandinavien verglichen und Anfang März dieses Jahres festgestellt, dass das Abschalten der acht Kernkraftwerke in 2011 das Preisniveau hierzulande auf hohem Niveau gehalten hat. Konkret: Der deutsche Strompreis hat um 4 Euro je MWh gegenüber dem britischen zugelegt und liegt im Vergleich mit dem skandinavischen Markt im Durchschnitt sogar um 6 Euro je MWh höher. Auf dieser Basis hat der VIK einen Mehrkosteneffekt der beschleunigten Energiewende allein für die deutsche Industrie von jährlich 1,1 Milliarden Euro berechnet.

Die Betonung liegt auf „beschleunigte Energiewende.“ Heute können sich scheinbar nur noch wenige daran erinnern, dass schon das Energiekonzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 mehr umfasste als eine international eher durchschnittliche Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke. Es war der weltweit ehrgeizigste Aufbruch in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien. Die Kernkraft hatte darin die wichtige Funktion einer Brückentechnologie. Das ist heute nicht anders, und das politisch beschlossene Abschalten aller Schweizerischen Kernkraftwerke bis 2034 zeigt, dass andere zukünftige Ausstiegsländer die Bedeutung der Brücke Kernkraft für eine Energiewende zu den Erneuerbaren höher einschätzen.

Die Bedingungen in der Schweiz wie in Deutschland sind in diesem Punkt durchaus vergleichbar: Die Energiewende ist zwar als eine energiepolitische Revolution zu beschließen, aber nur als wirtschaftliche und technische Evolution umsetzbar. Es liegt nicht am Willen in den Ministerien, Behörden, Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen sondern an den komplexen Strukturen im Industrieland Deutschland sowohl bei Stromerzeugung und –verteilung als auch bei den Stromverbrauchern dass ein derartiger Umbau der deutschen Stromwirtschaft in wenigen Jahren nur mit extremen und exakt aufeinander abgestimmten Anstrengungen aller Beteiligten möglich ist. Große Belastungen für unsere Volkswirtschaft und Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie sind dabei unvermeidbar.

Dennoch: Die Energiewende in Deutschland kann am Ende gelingen! Das DATF unterstützt die vielstimmige Forderung nach kompakteren, effizienteren Entscheidungsstrukturen, nach verlässlichen Rahmenbedingungen für Investitionen, nach Forschungsinvestitionen vor allem in Speichertechnologien und Netze sowie nach einem harten, faktenorientierten Projektmanagement für die Energiewende und wir wünschen unserem neuen Bundesumweltminister Peter Altmaier in dieser Herkulesaufgabe viel Erfolg. Unser Land braucht diesen Erfolg.

Erfolgreich kann die Energiewende aber nur sein, wenn die Bürger, die ja auch Stromkunden sind, mitgenommen werden.

Nach Erkenntnissen von Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach und die wohl bekannteste Meinungsforscherin Deutschlands, ist die ja nach wie vor sehr emotionale Debatte über die Energiewende Deutschlands vor allem eine Debatte der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Vor zwei Monaten stellte sie in der *Wirtschaftswoche* fest: „Das Thema Kernenergie ist aufgrund des parteiübergreifenden Konsensus in den Augen der Bürger abgehakt.“ Die renommierte Meinungsforscherin kritisierte, dass der Umbau der Energieversorgung mit Versorgungsgarantie und akzeptablen

Preisen für Privatkunden und Wirtschaft in der öffentlichen Diskussion – Zitat – „jedoch sträflich vernachlässigt“ werde – Zitat-Ende.

Die Bürger würden sich seit jeher nur wenig Sorgen machen, dass es zu Versorgungsengpässen kommen könnte, und wären seit langem fatalistisch überzeugt, dass die Energiepreise mittelfristig unaufhaltsam steigen würden. Entsprechend rechnen in diesem Jahr nur noch 40 Prozent der Bürger die Sicherung der Energieversorgung zu den vordringlichen Aufgaben der Bundesregierung. Im Jahr 2011 habe dieser Anteil noch 53 Prozent betragen – unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima und dem Moratorium für acht deutsche Kernkraftwerke.

Auch einer stärkeren Förderung regenerativer Energien würden die Menschen heute weniger Bedeutung beimessen als vor einem Jahr. Zwar unterstütze eine übergroße Mehrheit den Ausbau der Erneuerbaren. Doch eine noch stärkere finanzielle Förderung als bisher hielten nur noch 35 Prozent für vordringlich, gegenüber 44 Prozent im vergangenen Sommer. Die emotionale Identifikation der Deutschen mit dem Ökostrom ist dennoch überwältigend: Befragt nach der Stromversorgung der nächsten 20, 30 Jahre wünschen sich 84 Prozent die Solarenergie, 75 Prozent die Windenergie, 55 Prozent die Wasserkraft, 19 Prozent Gas, 7 Prozent Kohle und 4 Prozent Erdöl.

Vielen Deutschen ist aber durchaus bewusst, dass zwischen Wünschen und Fakten ein weites Feld liegt. Befragt danach, wie sich die Versorgungsleistung der Kernenergie kompensieren lässt, glaubt nur jeder Dritte, dass dies vollständig den Erneuerbaren Energien gelingen wird. 18 Prozent sind in dieser Frage unentschieden und machten keine Angabe. Aber 49 Prozent, de facto also jeder zweite Deutsche glaubt, dass das nur durch fossile Energieträger möglich ist! Zu ihnen zählt auch der SPD-Ministerpräsident Brandenburgs Matthias Platzeck. Ich zitiere aus seiner Regierungserklärung am 21. März 2012 zur „Energiestrategie 2030“ seines Bundeslands: *„Braunkohle ist nach dem Atomausstieg weniger Teil des Problems als vielmehr Teil der Lösung. Denn auf unserem Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien bildet Braunkohle genau die Brücke, die wir unbedingt brauchen. Diese Brücke kann erst dann enden - so ist das mit Brücken -, wenn wir das andere Ufer tatsächlich erreicht haben und ... ‚bis der Industriestandort Deutschland seinen Energiebedarf sicher und zu international wettbewerbsfähigen Preisen aus Erneuerbaren Energien decken kann.‘ Das wird noch ein langer Weg sein.“* Zitat-Ende. Ich finde Platzeck's Worte sehr vernünftig, wir haben vor Fukushima ähnlich für die Kernenergie argumentiert. Was bei diesem Wechsel der Brückentechnologie allerdings auf der Strecke bleibt ist der Klimaschutz.

Zurück zur Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach zur Energiewende. Die Meinungsforscher vom Bodensee hatten die Deutschen auch nach der Bereitschaft gefragt, die Maßnahmen der Energiewende zu unterstützen. Mit ernüchternden Resultaten. Nur 31 Prozent der Deutschen sehen die Notwendigkeit, in neue Gaskraftwerke zu investieren. Beim Neubau von Kohlekraftwerken sind es gar nur 15 Prozent. Den Neubau von Anlagen der Erneuerbaren sehen immerhin 85 Prozent als notwendig an – aber nicht den Um- und Ausbau der Stromnetze! Den halten nur 37 Prozent der Befragten für wichtig, und 51 Prozent sind gegen zusätzliche Stromleitungen in der eigenen Region. Fazit

von Prof. Renate Köcher: „Die schon sprichwörtliche Energiewende ist nicht nur in der Politik, sondern auch im Bewusstsein vieler Bürger erst in Ansätzen vorhanden.“

Vielleicht hat zu diesem Bewusstsein der Menschen auch beigetragen, dass seit dem Abschalten von acht Kernkraftwerken die viel zitierten Lichter in Deutschland nicht ausgegangen sind. Das war aber nicht selbstverständlich. Ohne die neun noch am Netz befindlichen Anlagen wäre die Versorgungslage in Deutschland in den vergangenen Monaten nicht zu sichern gewesen. Gerade in den eisigen Tagen des Februars waren nicht nur alle verfügbaren konventionellen und erneuerbaren Kraftwerksressourcen gefordert, sondern eben auch alle verbliebenen Kernkraftwerke waren mit 100 Prozent Verfügbarkeit und 100 Prozent Arbeit am Netz. Die Stromversorgung Deutschlands hat noch funktioniert, aber es war sehr knapp.

Es erscheint mir für eine der führenden Industrie- und Wissenschaftsnationen der Welt nicht akzeptabel, dass die Versorgungssicherheit und das Wohl des Landes so sehr von milden Wintern, langen Sommern, günstigen Winden und glücklichen Zufällen abhängen.

Zum Glück liegt unser Land mitten in Europa, und gerade der europäische Stromnetzverbund hat entscheidend dazu beigetragen, dass bei uns an keinem Tag Lichter und Maschinen ausgegangen sind. Dafür haben wir unseren europäischen Nachbarn und Partnern sehr zu danken, denn bei der Gestaltung der deutschen Energiewende sind sie ja nicht übermäßig informiert, geschweige denn, konsultiert worden.

Der Bundesverband der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft BDEW hat im Frühjahr mitgeteilt, dass Deutschland im Jahr 2011 im Saldo rund 6 Milliarden Kilowattstunden ins Ausland exportiert hat. Im Jahr 2010 betrug der Saldo noch rund 18 Milliarden Kilowattstunden Strom. Ein Blick auf die einzelnen Handelspartner ist aufschlussreicher als der Gesamtsaldo. So hatte Deutschland in 2011 gegenüber Frankreich einen Import-Überschuss von etwa 20 TWh und gegenüber Österreich einen Export-Überschuss von über 10 TWh. Im gesamten Jahr 2011 – also inklusive des fast gesamten ersten Quartals mit 15 Kernkraftwerken am Netz – hat Deutschland 18 Prozent mehr Strom importiert und 6,4 Prozent weniger Strom exportiert als im Jahr 2010. Deutschlands Stromhandel mit seinen Nachbarländern ist also richtig in Bewegung geraten!

Ich bin in diesem Zusammenhang besonders gespannt auf die Vorträge von Peter Faross, stellvertretender Generaldirektor für Kernenergie der Europäischen Kommission und Herbert Reul, Vorsitzender der deutschen Delegation in der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament. Peter Faross wird direkt im Anschluss aus Sicht der EU-Kommission die Ziele und Wege der Europäischen Energiestrategie bis 2050 darstellen, und Herbert Reul wird später am Nachmittag die aktuellen energiepolitischen Entwicklungen im Europäischen Parlament einordnen.

Die EU spielt ja nicht nur bei der Sicherung der Versorgungssicherheit eine große Rolle, sondern gerade auch bei der Sicherheit kerntechnischer Anlagen. Wenige Tage nach der Reaktorkatastrophe in Japan hat ein bis dahin einmaliger Prozess der Überprüfung der europäischen Kernkraftwerke begonnen. Auf Initiative des EU-Energiekommissars Günther Oettinger trafen sich am 15. März 2011 in Brüssel

Vertreter der zuständigen Energieminister, der nationalen Nuklearaufsichtsbehörden und der Industrie, und sie beschlossen die Durchführung von umfassenden Risiko- und Sicherheitsbewertungen für die 143 Kernkraftwerke in der Europäischen Union anhand EU-einheitlicher Kriterien, die so genannten EU-Stresstests. Der Europäische Rat hat hierzu in einer Resolution am 24./25. März 2011 festgelegt, dass die Nationalberichte bis Ende Dezember 2011 zu übermitteln sind.

Die Europäische Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit ENSREG und die Europäische Kommission einigten sich dann im Mai 2011 auf Modalitäten zu Umfang und Verfahren der Stresstests. Die vier deutschen Betreiber erstellten umfassende Berichte und reichten sie fristgerecht bei den Länderaufsichtsbehörden ein. Dort wurden die Berichte geprüft, bewertet und an das Bundesumweltministerium als oberste Aufsichtsbehörde übergeben, das dann fristgerecht am 31. Dezember 2011 den nationalen Bericht an die Europäische Kommission übermittelt hat. Danach wurden alle nationalen Länderberichte durch unabhängige, multinationale Experten-Teams in mehreren Schritten überprüft. Das Peer-Review-Team für Deutschland hatte bei seiner Arbeit die umfassende Unterstützung der deutschen Betreiber. Ein langer, detailreicher Weg.

Vor einem Monat veröffentlichte die ENSREG den Abschlussbericht zu den Peer Reviews der nationalen Berichte. Die deutschen Anlagen verfügen danach über einen hohen Robustheitsgrad bei Erdbeben, Hochwasser und extremen Wettersituationen, und gegen Ereignisse wie Stromausfall, Ausfall der Kühlung und schwere Störfälle ist ausreichende Vorsorge getroffen. Damit wurden die Ergebnisse des nationalen Berichts für Deutschland bestätigt, der zeigt, dass die deutschen Kernkraftwerke ein deutlich höheres Sicherheitsniveau haben, als die vom Unfall am 11. März 2011 betroffenen Anlagen in Fukushima. Die Ergebnisse erfüllen die KKW-Betreiber sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Stolz.

Die Ergebnisse aller EU-Stresstest-Überprüfungen und die Schlussfolgerungen für die Sicherheit von Kernkraftwerken in Europa werden von der Europäischen Kommission in einem Bericht zusammengefasst und dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs vorgelegt. Nach einem aktualisierten Zeitplan geschieht das nun im kommenden September oder Oktober.

Doch darauf ruhen sich weder die Betreiber noch ihre Belegschaften aus. In einem kontinuierlichen Prozess werden ungeachtet der hervorragenden Testergebnisse die von der RSK im Mai 2011 angesprochenen Themengebiete analysiert und optimiert. Die Schwerpunkte sind dabei:

- die weitere Erhöhung der Robustheit der Stromversorgung in den Kernkraftwerken, einschließlich der Kühlung der Brennelementbecken;
- die Beschleunigung der Planung für die Severe Accident Management Guidelines der Internationalen Atomenergie-Agentur IAEA, mit deren Ausarbeitung bereits vor dem Unfall in Fukushima begonnen worden ist;
- die Optimierung der Arbeit der Krisenstäbe und des Zusammenspiels mit dem Kerntechnischen Hilfsdienst sowie
- die Optimierung der Wirksamkeit von Notfallmaßnahmen.

Diese Aktivitäten der deutschen Betreiber und die RSK-Sicherheitsüberprüfungen gehen über die europäischen Stresstests hinaus.

Ich bin sehr gespannt auf die Ausführungen und Bewertungen von Hrn. MinDirig Dr. Axel Vorwerk aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Er wird später die Herausforderungen nach Fukushima aus Sicht seines Ministeriums darstellen. Vielleicht erfahren wir auch etwas über den aktuellen Stand der Beratungen in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe über ein neues Standortsuchverfahren für ein Endlager hochradioaktiver Abfälle, jetzt nach dem Wechsel an der Spitze des Bundesumweltministeriums.

Am 11. November 2011 haben sich der damalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen und die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Niedersachsen Winfried Kretschmann und David McAllister sowie Umweltminister und Umweltstaatssekretäre aus den anderen Bundesländern geeinigt, ein neues Endlagersuchverfahren für hochradioaktive Abfälle in die Wege zu leiten. Mit der Prämisse, dass dies in nationaler Verantwortung geschieht und dass das Endlager durch die heutige Generation errichtet wird und zwar am „sichersten“ Standort.

Die dabei gebildete Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat sich seitdem mehrmals getroffen, zuletzt am 24. April, und alle Beteiligten sind über Parteigrenzen hinweg über ihre Konsensfähigkeit wohl selbst überrascht. Auch das DAfT begrüßt das offenkundig breite Einvernehmen, die Endlagerfrage politisch zu lösen. Endlich politisch zu lösen, möchte ich hinzufügen. Doch wie immer im Leben, gerade auch in Politik und Wirtschaft kommt es auf den Inhalt an.

Aus unserer Sicht ist der künftige Status des Erkundungsbergwerkes Gorleben der Kernpunkt, über den die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu entscheiden hat. In Medien und Politik kursieren zurzeit verschiedene Spekulationen zu diesem Thema, die ich hier nicht alle aufzählen und bewerten will.

Die Fakten sind längst allen bekannt: Entgegen der von vielen Gegnern des Salzstocks Gorleben gepflegten Behauptung sprechen bisher keine wissenschaftlichen Erkenntnisse gegen seine Eignung als Endlager für hochradioaktive Abfälle! Der Standort wurde in einem umfangreichen Auswahlverfahren ausgewählt und intensiv erkundet. Die ergebnisoffene Untersuchung des Salzstocks ist aber noch nicht abgeschlossen.

Die zentrale Voraussetzung für eine ergebnisoffene und sachgerechte Entscheidung über die Eignung eines potenziellen Standorts sind klare und nachhaltige Sicherheitskriterien, wie sie vom BMU am 30. September 2010 veröffentlicht wurden. In diesem Zusammenhang erwarten wir, die vorläufige Sicherheitsanalyse und das internationale Peer-Review-Verfahren für den Standort Gorleben abzuschließen. Auf jeden Fall muss der Standort auch für den Fall einer Unterbrechung und späteren Fortsetzung der Erkundung rechtlich und administrativ abgesichert werden.

Bei jedem vorzeitigen Ausschluss von Gorleben aus dem Endlagersuchverfahren, ist die beabsichtigte Offenheit der neuen Endlagersuche nicht mehr gegeben und es wird ein Präzedenzfall für die Ablehnung zukünftiger potenzieller Endlagerstandorte geschaffen. Für eine tatsächlich offene und ergebnisorientierte Endlagersuche muss Gorleben bis zu einer abschließenden Eignungsaussage weiter als möglicher Endlagerstandort im Auswahlverfahren bleiben – und nach allen Regeln der Vernunft zu allererst zu Ende erkundet werden.

Zu Beginn der Konsensgespräche zwischen Bund und Ländern wurde das Ziel festgehalten, dass die Generationen, die von der wirtschaftlichen, sicheren und CO₂-freien Stromerzeugung aus Kernenergie profitiert haben, auch die Verantwortung für die Entsorgung und damit die Endlagerung übernehmen. Dieses Ziel darf die Politik nicht aufgeben.

Bei den bislang bekannten Plänen zum Gesamtprozess sind Zweifel am bislang gesetzten Zeitrahmen für eine neue Endlagersuche angebracht. Im Entwurf des Endlagersuchgesetzes wird mit dem Jahr 2019 lediglich ein Termin für die Festlegung von Standorten für die untertägige Erkundung genannt. Die Entscheidungs- und Beurteilungsgrundlagen für Suche und Vergleich geeigneter Standorte sollen parallel zu der Standortsuche erarbeitet und anschließend von Bundestag sowie Bundesrat gesetzlich verabschiedet werden. Auch die Standortauswahl für die obertägige Erkundung, für die untertägige Erkundung und die letztliche Standortentscheidung sollen per Gesetz geregelt werden. Angesichts der Komplexität dieses Verfahrens ist die gezogene Ziellinie 2019 sehr ehrgeizig. Und bis wann wird ein Endlager für hochradioaktive Reststoffe dann tatsächlich in Betrieb gehen? Ich gehe davon aus, dass sich die Inbetriebnahme eines Endlagers für wärmeentwickelnde Abfälle durch ein neues Suchverfahren um mindestens zwei Jahrzehnte nach hinten verschieben wird. Damit wird die Lösung dieser wichtigen Frage auf zukünftige Generationen übertragen und zusätzliche Unsicherheiten auch bei der Zwischenlagerung in den dezentralen Lagern erzeugt.

Wir müssen hier auch über Kosten reden. Die Betreiber von Kernkraftwerken stehen zu Ihrer Verpflichtung, für die Kosten der Entsorgung aufzukommen und haben dem Bund für die Erkundung von Gorleben über die Endlagervorausleistungsverordnung bisher Zahlungen in Höhe von ca. 1,6 Milliarden Euro geleistet. Solange keine abschließende fachliche Aussage über die Eignung des Standorts Gorleben vorliegt, kann nach unserer juristischen Einschätzung eine neue Endlagersuche nicht als notwendiger Aufwand bei der Suche nach einem Endlager bewertet werden.

Der Themenkomplex Entsorgung und Endlagerung radioaktiver Abfälle ist für die Politik so wichtig wie für unsere Branche. Das spiegelt sich auch in diesem Jahr in einer starken Betonung im Programm unserer Jahrestagung Kerntechnik wider. In diesem Zusammenhang bin ich sehr gespannt auf die Podiumsdiskussion heute Nachmittag zur Entsorgung und Endlagerung mit Top-Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und einem Impulsvortrag von Michael Sailer, Geschäftsführer des Öko-Instituts.

Es wird dabei nicht nur um die Frage der Entsorgung und Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gehen, sondern auch um die der schwach- und mittelaktiven, denn diese sind für die KKW-Betreiber, die Kerntechnikbranche insgesamt und auch für die Abfallverursacher der öffentlichen Hand von großer Relevanz. Die nach mehreren Verschiebungen nunmehr für „nicht vor“ 2019 geplante Inbetriebnahme des genehmigten und durch alle Gerichtsinstanzen bestätigten Endlagers für schwach- und mittelaktive Abfälle Schacht Konrad darf sich nicht weiter verzögern. Eine Bestätigung dieses Termins verbunden mit der Festlegung realistischer Einlagerungsbedingungen sind unabdingbare Voraussetzungen für den zügigen Rückbau abgeschalteter Kernkraftwerke. Mit der Einreichung der ersten Anträge für den Rückbau von in 2011 abgeschalteten Anlagen haben die Betreiber

die ersten Schritte eingeleitet. Natürlich hat auch bei Schacht Konrad die Sicherheit erste höchste Priorität! Doch alle Beteiligten müssen gerade auch deshalb den Zeitrahmen im Blick behalten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch das Thema der für den Rückbau und die Endlagerungen bei den EVUs gebildeten Rückstellungen ansprechen. Diese Rückstellungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro für Rückbau, Entsorgung und Endlagerung aller Abfälle aus der Kernenergieproduktion sind sorgfältig berechnet und mehrfach von unabhängigen Gutachtern, Wirtschaftsprüfern und Finanzbehörden geprüft worden. Im deutschen Rückstellungssystem werden Finanzmittel zur Erfüllung der Entsorgungsverpflichtungen der Betreiber ausschließlich in langfristig werthaltige Güter wie Kraftwerksanlagen investiert. Das System ist dadurch gekennzeichnet, dass sich die Haftungsmasse zur Erfüllung der Entsorgungsverpflichtungen auf das gesamte Vermögen eines Unternehmens erstreckt. Den Nachweis vergleichbarer Sicherheiten müssen die diversen Modelle eines externen Fonds für die Kernenergie-Rückstellungen, die derzeit in der Öffentlichkeit diskutiert werden erst noch erbringen.

Ende vergangenen Jahres hat E.ON Verfassungsbeschwerde gegen des beschleunigten Atomausstiegs im Zuge der 13. Atomgesetznovelle wegen des damit verbundenen Eingriffs in seine Eigentumsrechte sowie in die Berufs- und Gewerbefreiheit eingelegt. RWE folgte im Februar dieses Jahres mit seiner Verfassungsbeschwerde zur 13. Atomgesetznovelle. Vattenfall arbeitet an einer Klage vor dem ICSID Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten in Washington wegen der Entwertung von Eigentum und Investitionen in Deutschland durch die 13. Atomgesetznovelle. Diese rechtlichen Schritte sind zum Schutz der Aktionäre alternativlos, ändern aber nichts daran, dass die deutschen Energieversorger die Energiewende in Deutschland in der ganzen Breite annehmen und sich bei ihrer konsequenten Umsetzung engagieren.

Investitionen in die Kernkraft waren für die deutschen Betreiber nie Selbstzweck, sondern mussten schon immer – bei allen gesellschaftlichen Vorteilen wie Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Klimaschutz – auch den Interessen seiner Eigentümer und Mitarbeiter Rechnung tragen, die natürlich einen gesellschaftlichen, politischen und juristischen Rahmen haben. Den setzt jedes Land souverän selbst.

In Frankreich zum Beispiel hat der neue französische Präsident Francois Hollande in seinen Wahlversprechungen erklärt, dass der Anteil der Kernenergie am Energiemix Frankreichs bis 2025 von 75 auf 50 Prozent zurückgefahren werden soll. Dafür würde als einer der ersten Schritte das KKW Fessenheim an der französisch-deutschen Grenze stillgelegt werden. Neue Reaktorprojekte sollen aber fortgeführt werden. Wenige Wochen nach der zweiten Runde der Präsidentenwahl lässt sich noch nicht klar ableiten, welche Schritte Hollande wann gehen wird. Doch er wird beim Umbau des französischen Energiesystems sicher genau die deutschen Erfahrungen studieren – mit allen ihren nationalen und internationalen Herausforderungen.

Die Welt der Energieerzeugung und Stromproduktion war schon immer vielfältig und sie ist noch vielfältiger geworden durch die Ereignisse und Entwicklungen im vergangenen Jahr. Mit Ausnahme der politischen Entscheidungen in Belgien, Deutschland und der Schweiz aus der Kernenergie auszusteigen und der

Entscheidung Italiens, den Wiedereinstieg nicht weiter vorzubereiten, gab es im vergangenen Jahr keine weiteren Auswirkungen auf die Neubauprojekte und Neubauplanungen weltweit. Bis Ende 2011 waren 63 Anlagen im Bau, mit einer Gesamtkapazität an Bruttoleistung von 64,7 GW, und befanden sich 90 Projekte in einer konkreten Planungs- und Beantragungphase.

Andere Industrienationen bieten offensichtlich mehr Marktpotenzial für Hightech-Anbieter von Kerntechnologie und damit verbundene Ingenieur-Dienstleistungen als Deutschland. Das wird keinen ernsthaft überraschen nach den politischen Entscheidungen im vergangenen Jahr. Nicht nur die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und Netzstabilität sowie Verluste an Wirtschaftskraft, Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen müssen zu denken geben, sondern auch die großen Risiken und Herausforderungen für Deutschlands Kompetenzerhalt in der Kerntechnik.

Seit dem Unfall von Fukushima beobachten zum Beispiel die Kolleginnen und Kollegen am KIT Karlsruhe Institut für Technologie, dass die Zahl der Studierenden in den kerntechnischen Vorlesungen nahezu konstant bleibt. Es wird aber deutlich, dass Angebote Vorlesungen der konventionellen Kraftwerkstechnik, der erneuerbaren Energien sowie der Kerntechnik in einer Hauptfachprüfung zu kombinieren bevorzugt werden. Das gibt den Studierenden einen guten fachlichen Überblick. Nach dem Studium gehen viele dann aber nicht in die kerntechnische Industrie, sondern suchen ihre Zukunft in der allgemeinen Energietechnik.

Im Zuge der Energiewende sehen viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Kerntechnik in Deutschland ein Auslaufmodell. Positive öffentliche und politische Anerkennung sowie Unterstützung erfahren die Top-Themen der Energiewende: Energieeffizienz, Speichertechnologie, Netze, erneuerbare Energien. Auf die Frage, wo sie in zehn Jahren stehen, fällt da nur wenigen die Kerntechnik-Branche ein.

In der Wissenschaft und Forschung ist diese Entwicklung noch nicht so stark. Zurzeit liegen deutsche Forschungseinrichtungen noch auf Platz zwei, wenn es um die Einwerbung von Mitteln aus dem EURATOM-Forschungsrahmenprogramm geht. Oben auf dem Siegertreppchen steht Frankreich. Auch bei der Koordination von EURATOM-Projekten belegt Deutschland mit insgesamt 24 Koordinationsaufgaben Platz zwei hinter Frankreich. Das KIT hat mit 10 Koordinationen sogar den Spitzenplatz unter den Antragstellern inne.

Die deutsche universitäre und außeruniversitäre Forschung kann dieses hohe Niveau an Kompetenz und Exzellenz in Zukunft nur aufrechterhalten, wenn sowohl die Förderung durch Bund und Länder als auch die der Industrie nicht zurückgeht. Wir dürfen unsere Kompetenz in der Kerntechnologie in Deutschland nicht verlieren. Wir brauchen sie für den sicheren Weiterbetrieb der Anlagen und für die Aufgaben des Rückbaus und der Endlagerungen. Dies gilt nicht nur für die Betreiber sondern auch für Behörden, Gutachter und die kerntechnische Industrie. Zudem müssen wir internationale Entwicklungen bewerten und wissenschaftlich begleiten können.

Die Vorsitzende der Kerntechnischen Gesellschaft Dr. Astrid Petersen wird in Ihrer Ansprache zum Abschluss des Plenartags analysieren wo die Hersteller deutscher Kerntechnik heute stehen und in Zukunft stehen könnten.

Ich bin sicher, dass die Kernenergie in anderen Industrieländern eine große Zukunft hat und die Kerntechnologie in ihrer ganzen Breite in Deutschland noch auf Jahrzehnte eine wichtige Rolle spielen wird. Mit Sicherheit, Sachverstand und Verantwortungsbewusstsein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen eine interessante Jahrestagung Kerntechnik!